



Günther Platter: Agrargesetz hat das Gütesiegel des Verfassungsgerichtshofs.

Aktion Scharf

Agrardebatte. Im Landtag sprach Landeshauptmann Günther Platter davon, dass das Bürgerforum für Hass verantwortlich sei, und zeigte damit deutlich, wo er steht. Der anbrechende Landtags-Wahlkampf droht bitterböse zu werden.

Irgendwann in der 11. Woche des Jahres 2011 läutete die Tiroler ÖVP den Landtagswahlkampf ein. Zu viele Zeichen wurden gesetzt, um all das als Zufall zu deuten. Zu viele Zeichen wurden gesetzt, um dahinter kein System zu erblicken.

Erst war da die Meldung zum Gehalt des Gemeindeverbandspräsidenten Ernst Schöpf. Er bekommt monatlich mit 8000 Euro brutto das Gehalt, das offiziell Klubobmännern im Landtag mit zusätzlicher Berufsausübung zusteht. Der Vorstand des Gemeindeverbandes hatte die Arbeit des Präsidenten mit der eines Klubobmannes vergleichbar empfunden und die Erhöhung des Gehaltes beschlossen. Mitte März 2011, in der 11. Woche, wurde das zum Thema.

Ob die Gerüchte, dass der Tipp zu dieser Meldung aus ÖVP-Kreisen kam, stimmen oder nicht, ist vollkommen egal. Die Frage ist, wem nützt sie? Und die Antwort auf diese Frage lautet wohl: Den Agrarfunktionären der ÖVP und ihren an sie

gefesselten Vertrauten in der Parteizentrale. Schöpf bringt sie regelmäßig heftig in die Bredouille, weil er die nackten Tatsachen zu den Irrsinnigkeiten, die nach wie vor im Zusammenhang mit den Agrargemeinschaften passieren, nicht verschweigt. Seine Position, in welcher er breite Unterstützung der Tiroler Bürgermeister sowie der Bevölkerung erfährt, macht den Söldner Bürgermeister unangreifbar. Während ansonsten alle, die Klartext reden und die Umsetzung des VfGH-Erkenntnisses zu den Agrargemeinschaften kritisieren, mit schlimmsten Schimpfworten bedacht werden, blieb Schöpf bislang davon verschont. Dabei tun seine Aussagen der bauernbundlastigen Seite der ÖVP am meisten weh. Nun scheint absehbar, dass seine Gegner versuchen werden, Schöpf aufgrund seines Gehalts hier oder dort zu zwicken. Ähnlich geht es Anwälten, die im Auftrag der Gemeinden für die Rechte der Gemeinden kämpfen. Im Gegensatz dazu wird Anwälten der Agrargemeinschaften jeder Cent gegönnt. Herrliche Doppelzüngigkeit. Doch

dümmliche Argumente haben kurze Beine, Schöpf selbst hat kein Problem, über seine Aufwandsentschädigung zu sprechen, und an seinem „Urauftrag“, die Tiroler Gemeinden in ihrer Jahrhundertauseinandersetzung zu unterstützen, kann sich nichts ändern.

WARNUNG. Erst am 7. März 2011 hatten die Tiroler Bürgermeister neuerlich einen Brief von Ernst Schöpf erhalten, in dem er zu Beginn klarstellt: „In den letzten Tagen habe ich einige Rechnungsabschlüsse von Gemeindegutsagrargemeinschaften bekommen, die meine Befürchtungen mehr als bestätigen, dass die Regelung über die Führung von zwei getrennten Rechnungskreisen den Gemeinden nicht zu dem ihnen zustehenden Substanzerlös verhilft.“ Beispielsweise seien Aufwendungen, die auf die Agrargemeinschaftsmitglieder umgelegt gehörten, zur Gänze zu Lasten des Gemeindeanteils verbucht worden, und Gemeinden könnten sich nicht auf die Berechnungen verlassen. Jeder Beleg,



Fritz Dinkhauser: Heftiger Schlagabtausch mit Landeshauptmann Platter.



Ernst Schöpf: Misstrauen gegenüber den Abrechnungen sei angebracht.

jede Buchung müsse geprüft werden und als Highlight des Substanzbetruges nennt er die Abrechnung der Agrargemeinschaft Tanzalpe Jerzens, „wo von den jährlichen Pachteinnahmen für das Restaurant von rund 83.000 Euro im Jahr 2010 lediglich 140 Euro für die Gemeinde im Rechnungsbereich II gebucht wurden.“ Den Vorgängen zu misstrauen, gibt es laut Schöpf viele konkrete Gründe und am Ende des Briefes stellt er klar: „Aus den vorgenannten Gründen kann ich nur warnen und abraten, Jahresrechnungen und Voranschläge von Gemeindegutsagrargemeinschaften zu unterfertigen bzw. ihnen zuzustimmen – auch wenn dies von den Landesbehörden nach wie vor als vorläufig und korrigierbar dargestellt wird.“

Wer diesen Brief liest und sich auf der anderen Seite ÖVP-Beiträge zur jüngsten Agrargemeinschafts-Diskussion im Tiroler Landtag vergegenwärtigt, könnte meinen, dass hier nicht das gleiche Thema und auch nicht das gleiche Land gemeint sein können.

Durch die Redebeiträge der ÖVP in der aktuellen Stunde der Landtagssitzung vom 17. März 2011 wurde der Eindruck erweckt, dass „alles in Butter“ sei, das Thema Agrargemeinschaften politisch erledigt und die Gemeinden bestens bedient. Dieses Schön- bzw. Totreden erinnerte fatal an die Weichzeichner-Plakate, mit der die Tiroler ÖVP so gerne von sachpolitischen Problemen und Herausforderungen ablenkt und dabei den Eindruck erweckt, Rosamunde Pilcher höchstpersönlich würde die Kommunikationsstelle der Partei leiten.

Der jüngste Schlagabtausch zu den Agrargemeinschaften lieferte jedenfalls einen Einblick, was Tirol im Wahlkampf zur Landtagswahl 2013 zu erwarten hat. Die Abgeordneten der Oppositionsparteien

(Bürgerforum, Grüne, FPÖ) kritisierten unisono die Blockadehaltung der ÖVP und forderten eine Änderung des Agrargesetzes, damit die Verfahren beschleunigt werden und den Gemeinden zu ihrem Recht verholfen wird. „Derzeit erleben wir in Tirol einen Kampf um den Rechtsstaat“, rückte beispielsweise Georg Willi (Grüne) das unrealistische Bild der ÖVP zurecht. „Die ÖVP hat alles dafür getan, dass die Agrargemeinschaften ihren Besitz behalten dürfen“, stellte Andreas Brugger (Bürgerforum) klar.

„Derzeit erleben wir in Tirol einen Kampf um den Rechtsstaat.“

Georg Willi, Tiroler Grüne

Es ist eine Tatsache, dass zwei Jahre und neun Monate, nachdem der VfGH die Übertragung des Gemeindegutes als „offenkundig verfassungswidrig“ bezeichnete, und über ein Jahr, nachdem das Tiroler Flurverfassungslandesgesetz geändert wurde, die betroffenen Gemeinden ihr Vermögen nicht zurückerhalten haben. Und Tatsache ist auch, dass lediglich bei der in ihrer Schamlosigkeit hervorstechenden Agrargemeinschaft Mieders mit der Bestellung eines Sachwalters seitens des Landes durchgegriffen wurde. Wird Ernst Schöpf's Warnung schließlich zur Kritik der Oppositions-Politiker hinzugefügt, ergibt sich ein Bild der rechtsstaatlichen Tristesse. Damit müssen sich die Gemeinden herumschlagen. Und mit dem Wissen, dass das Land sie in ihrem Kampf nicht unterstützt.

SCHÄRFE. Diesbezüglich zerstörte Landeshauptmann Günther Platter in seinen Wortmeldungen jedenfalls alle Hoffnun-

gen. Nicht die Umstände, dass die Rücklagen der Agrargemeinschaften in den letzten zwei Jahren rapide abgenommen haben oder die Gemeinden sich weder auf die Abrechnungen der Agrarier noch auf den Sanctus der Behörden verlassen können, berücksichtigte er dabei. Nein, er verwies voll Stolz darauf, dass das Agrargesetz das Gütesiegel des Verfassungsgerichtshofes erhalten habe und dass die politische Arbeit erledigt sei. Das wird alle Bürgermeister, die sich mit dem Thema auseinandersetzen müssen, verwundern. Doch das wird

wohl die Diktion der Tiroler ÖVP in den kommenden zwei Jahren sein – diese Pastell-Töne und die Schärfe gegenüber der zweitstärksten Fraktion im Landtag.

In einer für Platter ungewöhnlichen Schärfe hetzte er an diesem 17. März 2011 gegen das Bürgerforum. Den Abgeordneten um Fritz Dinkhauser warf er vor, das Land schlecht zu reden und die Bevölkerung zu verunsichern. Am meisten aber fiel auf, dass Platter dem Bürgerforum vorwarf, „Hass, Zwietracht und Streit“ zu schüren. Zum Wort Hass hatten sich bislang nur fanatische Bauernfunktionäre hinreißen lassen, Bauernbundobmann Anton Steixner auch. Allein mit der Wahl dieses Wortes, zeigte Platter deutlich, wo er steht. Und auch, was auf Tirol zukommen wird. Ein bitterböser Wahlkampf, in dem das Bürgerforum Hauptgegner der Tiroler ÖVP sein wird, auf der einen und Schönfärbereien auf der anderen Seite.

Alexandra Keller